

Stand: 06.02.2026 17:15:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18710

"Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18710 vom 24.10.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22010 des OD vom 24.04.2018
4. Beschluss des Plenums 17/22646 vom 06.06.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures, Natascha Kohnen, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib, Horst Arnold und Fraktion (SPD)**

### Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bayerischen Gleichstellungsgesetz den Schutz vor sexueller Belästigung zu verankern und Maßnahmen zur Vorbeugung und Vorgehensweise gegen sexuelle Belästigung mit in das Gesetz aufzunehmen, die über die Regelungen des auf Bundesebene geltenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hinausgehen.

Inhalte sollen sein:

- Die Dienststellen sollen verpflichtet werden, sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz vorzubeugen und bei bekannt gewordenen sexuellen Belästigungen die erforderlichen dienstrechtlchen, arbeitsrechtlichen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen.
- Die zuständigen Frauenbeauftragten sollen sowohl am behördlichen Disziplinarverfahren als auch am gesamten Verfahren beteiligt sein.
- Im Rahmen von bestehenden Weiterbildungsangeboten und allgemeinen Informationsangeboten soll sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz thematisiert und eine Sensibilisierung für die Problematik geschaffen werden. Personen mit Führungsaufgaben sollen im Rahmen einer speziellen Weiterbildung über ihre Aufgaben und Pflichten bei der Gestaltung einer partnerschaftlichen und belästigungsfreien Arbeitsumwelt informiert werden.

### Begründung:

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verletzt die Persönlichkeit und Würde von Menschen. Arbeitgeber haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Beschäftigten vor dieser Bedrohung geschützt werden.

Nicht erst durch die aktuelle Kampagne „Me too“ wurde deutlich, dass sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz keine Ausnahmeerscheinungen sind, sondern eine Vielzahl von Frauen betroffen ist. Zwei Drittel aller Frauen waren nach Studien schon mit sexuellen Übergriffen konfrontiert (z. B. EU-Studie Gewalt gegen Frauen, 2014), oft kommen die Täter aus dem direkten Arbeitsumfeld. Betroffen von der Belästigung sind zwar Frauen und Männer, doch die weitaus meisten Opfer sind weiblich und die Belästiger sind in erster Linie Männer. Die Dunkelziffern bei diesen Delikten sind außerordentlich hoch.

Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist sexuelle Belästigung „jedes unerwünschte, sexuell bestimmte Verhalten, das bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird“. Das gilt insbesondere, wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz mindert die Leistungsfähigkeit der Betroffenen und stört den Betriebsfrieden. Die Opfer von sexueller Belästigung fühlen sich häufig verunsichert, minderwertig und in ihrer Würde verletzt. Folgen daraus können sein: Verlust der Arbeitsmotivation, Angst und Depressionen. Trotzdem befürchten Betroffene negative Reaktionen und trauen sich oft nicht, gegen ihre Belästiger vorzugehen. Daher verharmlosen oder verschweigen sie die Belästigung, auch aus Angst vor Verleumdung oder Arbeitsplatzverlust.

Es liegt in der Verantwortung der Arbeitgeber, deutlich zu machen, dass jede sexuelle Grenzverletzung negative Folgen für die Täter hat und den betroffenen Frauen Schutz gewährt wird.

Über die Bestimmungen des AGG hinaus muss der Staat gewährleisten, dass von der Belästigung betroffene Personen während eines möglichen Verfahrens von der Frauenbeauftragten unterstützt werden.

Prävention ist ein wichtiger Schritt zum Abbau des Problems. Mit Informations- und Weiterbildungsangeboten muss den Beschäftigten die Einordnung sexueller Belästigung deutlich gemacht werden. Ein gleichberechtigtes und frauenfreundliches Betriebsklima wirkt präventiv gegen Belästigung am Arbeitsplatz.

Vorgesetzte müssen in die Lage versetzt werden, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

In der öffentlichen Verwaltung hat der Staat selbst die Verantwortung für den Schutz seiner Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter. Alle Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Gewalt zu ergreifen, muss für ihn eine Verpflichtung sein.

würden wir jederzeit unterstützen, wenn sie als separate Anträge auf der Tagesordnung stünden.

Wir FREIEN WÄHLER haben einen Dringlichkeitsantrag nachgereicht, weil wir der Meinung sind, dass diese Entlastung beim bürokratischen Aufwand noch etwas weiter gefasst werden könnte. Wir haben vorgeschlagen, die Aufzeichnung der Gesamtstunden praxisnäher zu gestalten, sie einmal im Monat vorzusehen. Das sollte den Bedingungen der Nachvollziehbarkeit genügen.

Zur Aufzeichnungspflicht insgesamt möchte ich vielleicht noch ein paar Takte sagen. Ein Problem ist, dass nicht für alle aufgezeichnet werden muss, sondern nur für geringfügig Beschäftigte und in Branchen, auf die sich das Gesetz gegen Schwarzarbeit bezieht. Ich habe letzthin hier an dieser Stelle schon gesagt: Auch diese Regelungen müssten überprüft werden, damit sie nicht per se kontinuierlich weitergeführt werden. Es gibt nämlich auch Branchen, die in diesem Zusammenhang nicht mehr auffällig sind. Eine Deregulierung bzw. Modifizierung der Aufzeichnungspflicht, wie sie von uns und von der CSU beantragt wird, würde den kleineren und Familienbetrieben diese Dokumentation erleichtern.

Sehr oft müssen gerade die Familienbetriebe diese Arbeit am Feierabend, am Sonntag zu Hause erledigen. Manchmal – das muss man ehrlich sagen – passieren dabei Flüchtigkeitsfehler bzw. unüberlegte Flüchtigkeitsfehler bis hin zu Fehlern, die eine Strafverfolgung nach sich ziehen. Wichtig ist, dass wir hier eine entsprechend nachvollziehbare, mittelstandsreundliche Ausgestaltung wählen. Die Kontrollmechanismen funktionieren ohnehin. Es ist nicht so, wie die Kollegin Celina gesagt hat. Auch bei der wöchentlichen Aufzeichnung kann das für Samstag, Sonntag oder Freitag entsprechend dargestellt werden. Ob das wöchentlich oder monatlich geschieht, spielt meines Erachtens keine Rolle. Das ist zwar nicht Gegenstand des heutigen Dringlichkeitsantrags, aber wir sollten diese Überlegung einbeziehen, wenn wir darüber nachdenken, was der nächste Schritt sein kann.

Der nächste Schritt ist, denke ich, eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Da sollten wir uns ein bisschen europäischer verhalten und den europäischen Rechtsrahmen besser nutzen als bisher. Das wäre ein sinnvoller Beitrag zur Flexibilisierung, der unsere Wertschätzung denjenigen gegenüber ausdrücken würde, die im Handwerk und in der gewerblichen Wirtschaft tagtäglich ihre Arbeit tun. Sie erfahren nämlich nicht immer die Wertschätzung, die sie verdienen. Ich bitte den Bayerischen Landtag, unserem Dringlichkeitsantrag zu folgen und damit diese Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Häusler. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18706 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, zwei Stimmen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Enthaltungen? – Das ist der Rest der GRÜNEN-Fraktion, wenn ich das richtig sehe. – Gut. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18709 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, Kollege Felbinger (fraktionslos) und drei Stimmen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Die restliche Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18719 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesmal komplett, oder? – Nein? – Außerdem die SPD. Die Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und Kollege Felbinger (fraktionslos). Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Dringlichkeitsantrag 17/18720. Das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER. Ich bitte, Zustimmung anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und zwei Stimmen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Die restliche Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen. – Damit sind diese Tagesordnungspunkte erledigt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18708, 17/18710 mit 17/18712 sowie 17/18721 mit 17/18724 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,  
Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Drs. 17/18710**

**Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatterin: **Martina Fehlner**  
Mitberichterstatterin: **Christine Haderthauer**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 73. Sitzung am 24. April 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Enthaltung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Wolfgang Fackler**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures, Natascha Kohnen, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Büssinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib, Horst Arnold und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/18710, 17/22010

**Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**  
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.**

**Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 3 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 155/18 betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Einschlägig sind hier die Drucksache 17/22325 sowie die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/22363. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Von der Abstimmung ausgenommen ist die **Listennummer 4**, das ist der Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm betreffend "Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte\*n für Bayern ernennen", der auf Wunsch von Frau Stamm in einer der nächsten Plenarsitzungen einzeln beraten werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 29. März 2018 (1 BvR 1619/17) betreffend Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen
  - a) Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nr. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, Art. 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (BayGVBl. S. 145, BayRS 12-1-I),
  - b) Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (BayGVBl. S. 458)

PII-G1320.17-0004

Drs. 17/22207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

**CSU**



**SPD**



**FREIE WÄHLER**



**GRÜ**



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. April 2018 (Vf. 5-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
  1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
  2. Bayerische Staatsregierungvom 26. März 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 2 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) die Bayerische Verfassung verletzen  
PII/G1310.18-0006  
Drs. 17/22208 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

#### Europaangelegenheit

3. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18  
Drs. 17/22325, 17/22363 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm  
Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte\*n für Bayern ernennen  
Drs. 17/16942, 17/22211 (A)

**der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten**

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Standards der Unterbringung und Gewaltschutzkonzepte in bayerischen  
Asylbewerberunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen  
Drs. 17/17306, 17/22112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang  
Drs. 17/17307, 17/22212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm  
Unterkünfte für queere Geflüchtete und Schaffung der Position einer  
Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete  
Drs. 17/18013, 17/22230 (A)

**Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3  
BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH

**Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum  
„Enthaltung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.**

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen  
Drs. 17/18710, 17/22010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen: Bayerisches Gleichstellungsgesetz reformieren  
Drs. 17/18723, 17/22011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Assistierte Ausbildung erhalten und weiterentwickeln  
Drs. 17/20364, 17/22248 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlängerung der S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim  
Drs. 17/20531, 17/22263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Halbstundentakt für die Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt: Angebotsverbesserungen erfolgreich in die Fläche bringen Drs. 17/20536, 17/22264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Amazon und Co. – Einfluss von Online-Marktplätzen auf den bayerischen Einzelhandel Drs. 17/20807, 17/22265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Milliarden-Infrastruktur erhalten – Sanierungssituation des öffentlichen Kanalnetzes zeitnah verbessern Drs. 17/20827, 17/22137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen Drs. 17/20832, 17/22266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesmittel auch für SPNV-Strecken bereitstellen  
Drs. 17/20927, 17/22267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer CSU Run-off-Entwicklung in der Versicherungswirtschaft  
Drs. 17/20996, 17/22268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verbesserungen des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm  
Drs. 17/21007, 17/22269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Verwaltungsangestellte an den Schulen in Bayern verdienen mehr – bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge  
Drs. 17/21016, 17/22249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ilona Deckwerth, Harald Güller,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt verbessern –  
öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote  
Drs. 17/21137, 17/22233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Stärkung betrieblicher  
Kinderbetreuungsangebote verbessern  
Drs. 17/21138, 17/22234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann,  
Josef Zellmeier u.a. CSU  
Digitale Bereitstellung aller Bauleitpläne  
Drs. 17/21140, 17/22270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias,  
Martina Fehlner u.a. SPD  
Weitere Behandlung der offenen Fragen zur Verwendung der öffentlichen Mittel  
für die Sanierung des Neuen Schlosses Pappenheim  
Drs. 17/21148, 17/22279 (E)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:**  
**Votum des mitberatenden Ausschusses für**  
**Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Selbstständigkeit und Arbeitsmotivation junger Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe fördern – Bestimmungen zur Anrechnung eigenen Einkommens verbessern  
Drs. 17/21156, 17/22244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für eine aussagekräftige Klimabilanz Bayern  
Drs. 17/21157, 17/22043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Überprüfung der Auswirkungen und Umsetzung einer bundes- und europaweiten Milchmengenreduzierung  
Drs. 17/21227, 17/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Lieferengpässen bei Cannabis für medizinische Zwecke entgegenwirken  
Drs. 17/21228, 17/22252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.**

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,  
Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)  
EEG-Umlage für hocheffiziente KWK erhalten und schnell Rechtssicherheit  
schaffen  
Drs. 17/21250, 17/22271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos,  
Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 –  
Mobilitätssicherung für Land und Stadt  
Drs. 17/21251, 17/22272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Cross Compliance: Kontrollen auch bei Haupterwerbsbetrieben mindestens 24  
Stunden vorher anmelden und verträglich gestalten!  
Drs. 17/21255, 17/22232 (A)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:**

**Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	<input type="checkbox"/>	A

31. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Für ein gutes Miteinander der Generationen:  
Mehrgenerationenhäuser in Bayern gerecht und unbürokratisch fördern!  
Drs. 17/21265, 17/22245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Boden in Bayern als natürliche Lebensgrundlage schützen, Leistungsfähigkeit  
des Naturhaushalts dauerhaft verbessern – eine Humusstrategie für Bayern  
Drs. 17/21267, 17/22247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal,  
Inge Aures u.a. SPD  
Umsetzung von EU-Recht in Bayern  
Drs. 17/21272, 17/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Reduzierte EEG-Umlage für KWK-Anlagen erhalten –  
Bayerisches KWK-Förderprogramm auf den Weg bringen  
Drs. 17/21279, 17/22273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Faire Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben –  
Lösungen auf den Weg bringen  
Drs. 17/21281, 17/22113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Berufsschuljahr für Geflüchtete gestatten –  
geplante Prüfung durch Ausländerbehörden entfallen lassen  
Drs. 17/21450, 17/22259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bienensterben stoppen –  
Keine bienengefährlichen Pestizide in Haus- und Kleingärten  
Drs. 17/21453, 17/22304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Eric Beißwenger, Eberhard Rotter u.a. CSU  
Nutzung von Wegen im Voralpen- und Alpinengebiet durch Mountainbiker regeln  
Drs. 17/21454, 17/21996 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Hebammenhilfe: Steigerungssatz für privat versicherte Patientinnen auf 2,0 erhöhen  
Drs. 17/21458, 17/22253 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Otto Hünnerkopf,  
Angelika Schorer u.a. CSU  
Trinkwasserverordnung  
Drs. 17/21459, 17/22254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf,  
Volker Bauer u.a. CSU  
Vereinfachung der Eingrünungspläne  
Drs. 17/21488, 17/21997 (G)  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	A

42. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner,  
Judith Gerlach u.a. CSU  
Grundlegende Beratungsstruktur für ehemalige Heimkinder in Bayern auch über  
das Auslaufen des Fonds Heimerziehung hinaus aufrechterhalten  
Drs. 17/21489, 17/22235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner,  
Wolfgang Fackler u.a. CSU  
Umsetzung der Vorgaben des Arbeitssicherheitsgesetzes und des Arbeits-  
und Gesundheitsschutzes bei der Bayerischen Polizei  
Drs. 17/21539, 17/22138 (E) [X]

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Neue Arbeitszeitmodelle bei der Bayerischen Polizei nicht weiter an der Realität vorbei planen – Handlungsspielraum für die Polizei schaffen!  
Drs. 17/21547, 17/22096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU  
Dienstvereinbarung zu Arbeitszeitmodellen im Schicht- und Wechselschichtdienst bei der Bayerischen Polizei  
Drs. 17/21592, 17/22097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD  
Volle Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung bei Berechnung der Wartezeit für einen Anspruch auf Ruhegehalt  
Drs. 17/21675, 17/22012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Karenzzeit auch für Beamte der höheren Qualifikationsebenen  
Drs. 17/21677, 17/22013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	[ENTH]

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wertvolle Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern fortführen  
Drs. 17/21034, 17/22260 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ